

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Wirtschaftsausschuss**

16. WP - 68. Sitzung

am Mittwoch, dem 11. Juni 2008, 10:00 Uhr  
im Sitzungszimmer 142 des Landtages

### **Anwesende Abgeordnete**

Hans-Jörn Arp (CDU)

Vorsitzender

Johannes Callsen (CDU)

Jürgen Feddersen (CDU)

Karsten Jasper (CDU)

Ursula Sassen (CDU)

i.V. von Thomas Stritzl

Anette Langner (SPD)

Thomas Rother (SPD)

i.V. von Regina Poersch

Bernd Schröder (SPD)

Olaf Schulze (SPD)

Dr. Heiner Garg (FDP)

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

### **Weitere Abgeordnete**

Lars Harms (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Informationen durch die Geschäftsführungen über die Förderpolitik der Bürgschaftsbank Schleswig-Holstein und der MBG Schleswig-Holstein - Status und Entwicklung</b>	<b>5</b>
<b>2. Bericht der Landesregierung über die Tätigkeit der Innovationsstiftung Schleswig-Holstein 2006</b>  Bericht der Landesregierung Drucksache 16/1971	<b>6</b>
<b>3. Vorlage des MWV i. S. „ÖPP-Modell Funktionsbauvertrag für die Grundinstandsetzung der Landesstraße L 192“</b>  Umdruck 16/3154	<b>8</b>
<b>4. Vorlage des MWV i. S. „Erwerb von Gesellschaftsanteilen an der DEGES“</b>  Umdruck 16/3206	<b>9</b>
<b>5. Lage und Entwicklung des Handwerks in Schleswig-Holstein</b>  Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der FDP Drucksache 16/1941	<b>10</b>
<b>6. Wirtschaftsbericht 2008</b>  Bericht der Landesregierung Drucksache 16/2047	<b>11</b>

- 
- 7. a) Wirtschaftliche Effekte der Erneuerbaren Energien für Schleswig-Holstein** **12**
- Bericht der Landesregierung  
Drucksache 16/1944
- b) Nordseekooperation - Erneuerbare Energien in Schleswig-Holstein**
- Bericht der Landesregierung  
Drucksache 16/1946 (neu)
- 8. Abschied vom Kohlestrom** **13**
- Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 16/2017
- 9. Ausweitung der Ölförderung im Nationalpark Wattenmeer** **14**
- Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 16/1993
- 10. Dem ländlichem Raum Entwicklungschancen lassen** **16**
- Antrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 16/2057
- 11. Verschiedenes** **17**

Der Vorsitzende, Abg. Arp, eröffnet die Sitzung um 10 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Informationen durch die Geschäftsführungen über die Förderpolitik der  
Bürgschaftsbank Schleswig-Holstein und der MBG Schleswig-Holstein  
- Status und Entwicklung**

Herr Christian Delfs für die Bürgschaftsbank Schleswig-Holstein GmbH und Herr Dr. Gerd-Rüdiger Steffen für die Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Schleswig-Holstein GmbH informieren die Ausschussmitglieder über die Geschäftsbereiche und die Förderaktivitäten ihrer Institute. Für die Vorträge verwendete Folien sind dieser Niederschrift als Anlagen 1 und 2 beigelegt.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Bericht der Landesregierung über die Tätigkeit der Innovationsstiftung  
Schleswig-Holstein 2006**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 16/1971

(überwiesen am 30. Mai 2008 zur abschließenden Beratung)

Prof. Dr. Block führt noch einmal kurz in die Arbeitsschwerpunkte der Stiftung ein und legt eine schriftliche Stellungnahme des Vorstands der ISH zum Bericht der Landesregierung, Drucksache 16/1971, als Tischvorlage vor. Die Stellungnahme ist dieser Niederschrift als Anlage 3 beigelegt.

Im Rahmen der Diskussion über die Stellungnahme des Vorstands der ISH zu Passagen im Bericht der Landesregierung weist M Austermann darauf hin, dass der Bericht der Landesregierung bereits im März d. J. vorgelegt worden sei und die Situation in 2006 nach einer schwierigen Anfangsphase der ISH abbilde. Mit Bezug auf die Stellungnahme des ISH-Vorstands unterstreicht M Austermann, dass er zu jedem Satz in dem Bericht der Landesregierung zur Situationsbetrachtung bezüglich 2006 stehe. Er sei der Meinung, dass die Stiftung in ihrer Scoutfunktion sowohl in der Wissenschaftslandschaft wie auch in der Wirtschaftslandschaft nicht ausreichend genug in Erscheinung getreten sei. Wenn es Veranstaltungen gegeben habe, Wissenschaft und Wirtschaft zusammenzubringen, sei die Initiative immer vom Ministerium ausgegangen. Aber dies sei eben 2006 so gewesen, und inzwischen habe es in diesem Punkt Verbesserungen gegeben. Auch das neue Technologietransfer-Gesetz werde hier sicherlich positive Wirkung haben.

Die Diskussionsbeiträge der Abgg. Dr. Garg, Harms, Matthiessen, Weber und Callsen fasst der Vorsitzende, Abg. Arp, dahin gehend zusammen, dass sowohl Aktivitäten der Stiftung wie auch ihre Anlagestrategien in den zuständigen Gremien der Stiftung, in denen auch die Fraktionsvertreter mitwirkten, zu diskutieren seien und nicht heute in dieser Sitzung anlässlich eines Berichts über die Tätigkeit der Stiftung in 2006. Wenn es um die zukünftige Ausrichtung der Stiftung gehe, sitze der Wirtschaftsausschuss selbstredend „mit im Boot“, und das müsse dann auch mit allen Beteiligten - unabhängig vom Bericht 2006 - kommuniziert werden.

Den Bericht der Landesregierung über die Tätigkeit der Innovationsstiftung Schleswig-Holstein 2006, Drucksache 16/1971, nimmt der Ausschuss einstimmig abschließend zur Kenntnis.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Vorlage des MWV i. S. „ÖPP-Modell Funktionsbauvertrag für die Grundinstandsetzung der Landesstraße L 192“**

Umdrucke 16/315, 16/3254

M Austermann führt in die Vorlage Umdruck 16/3154 ein. - Der Vorsitzende, Abg. Arp, und Abg. Schröder weisen darauf hin, dass es sich bei der Grundinstandsetzung der L 192 um ein ÖPP-Pilotprojekt handeln solle und der Ausschuss gebeten werde, „grünes Licht“ für die Ausschreibung der Maßnahme zu geben. Ob letztlich die Auftragsvergabe erfolge, sei noch offen. - Abg. Matthiessen erklärt, ÖPP-Projekte hätten aus Sicht seiner Fraktion wenig Vorteile, insbesondere verschleiern sie die tatsächliche Schuldensituation von öffentlichen Haushalten, seien eine verkappte Kreditaufnahme und im Endeffekt in der Summe teurer. Weil es hier aber darum gehe, den zügigen Beginn des Verfahrens nicht unnötig hinauszuschieben, werde er sich in der Abstimmung der Stimme enthalten, bitte aber darum, in der Sache faktisch noch einmal grundsätzlich über ÖPP-Projekte nachzudenken. - Abg. Harms äußert, auch er sehe ÖPP-Projekte durchaus kritisch, wolle aber betonen, dass es sich hier um ein Pilotprojekt handele. - Abg. Callsen verweist an dieser Stelle auf die in der Mai-Tagung des Landtages geführte Diskussion zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur, in der man dieses Thema praktisch mit behandelt und ihm zugestimmt habe.

M Austermann erklärt, sein Haus habe die von Abg. Harms angesprochene Vergleichsrechnung durch die IB anstellen lassen. Ein Kurzbericht zur vorläufigen Wirtschaftlichkeitsuntersuchung der IB wird dem Ausschuss mit Umdruck 16/3254 vorgelegt.

Für den Ausschuss geben CDU, SPD und FDP bei Enthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Zustimmung zum Beginn der Ausschreibung in 2008.



Punkt 4 der Tagesordnung:

**Vorlage des MWV i. S. „Erwerb von Gesellschaftsanteilen an der  
DEGES“**

Umdruck 16/3206

Ohne weitere vertiefte Aussprache nimmt der Ausschuss die Vorlage Umdruck 16/3206 zur Kenntnis.

Punkt 5 der Tagesordnung:

**Lage und Entwicklung des Handwerks in Schleswig-Holstein**

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der FDP  
Drucksache 16/1941

(überwiesen am 29. Mai 2008 zur abschließenden Beratung)

Ohne weitere Aussprache nimmt der Ausschuss die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der FDP, Drucksache 16/1941, abschließend zur Kenntnis.

Punkt 6 der Tagesordnung:

### **Wirtschaftsbericht 2008**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 16/2047

(überwiesen am 29. Mai 2008 zur abschließenden Beratung)

Abg. Dr. Garg spricht M Austermann darauf an, dass dieser in der Landtagsdebatte zum Wirtschaftsbericht behauptet habe, er hätte falsche Zahlen vorgetragen. Er fragt M Austermann, welche der von ihm vorgetragenen Zahlen zum Wirtschaftsbericht falsch gewesen seien.

M Austermann erwidert, er werde Abg. Dr. Garg einen Brief schreiben, in dem er darlegen werde, an welcher Stelle die vorgetragenen Zahlen nicht zutreffend gewesen seien.

Der Bericht der Landesregierung wird vom Ausschuss ohne weitere Aussprache abschließend zur Kenntnis genommen.

Punkt 7 der Tagesordnung:

**a) Wirtschaftliche Effekte der Erneuerbaren Energien für Schleswig-Holstein**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 16/1944

**b) Nordseekooperation - Erneuerbare Energien in Schleswig-Holstein**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 16/1946 (neu)

(überwiesen am 30. Mai 2008 an den **Wirtschaftsausschuss** und den Europa-  
ausschuss zur abschließenden Beratung)

Die Berichte Drucksachen 16/1944 und 19/1946 (neu) werden von den Ausschussmitgliedern abschließend zur Kenntnis genommen.

Punkt 8 der Tagesordnung:

**Abschied vom Kohlestrom**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 16/2017

(überwiesen am 24. April 2008 an den **Wirtschaftsausschuss** und den Umwelt- und Agrarausschuss)

Auf Antrag von Abg. Schröder wird die Behandlung dieses Tagesordnungspunktes wegen Abwesenheit des energiepolitischen Sprechers der SPD-Fraktion vertagt.

Punkt 9 der Tagesordnung:

### **Ausweitung der Ölförderung im Nationalpark Wattenmeer**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 16/1993

(überwiesen am 24. April 2008 an den **Wirtschaftsausschuss** und den Umwelt- und Agrarausschuss)

M Austermann erklärt, die ölfördernden Unternehmen hätten durch Untersuchungen festgestellt, dass der Ölvorrat vor der Dithmarscher Küste größer sei, als bisher angenommen worden sei. Angesichts der Ölpreisentwicklung seien die Absichten, Öl zu fördern, heute auch dort aktuell, wo dies früher wirtschaftlich nicht vernünftig gewesen sei. Dies bedeute in der Schlussfolgerung, dass weitere Erkundungen von Ölvorräten im Wattenmeer durchgeführt werden sollten. Die Landesregierung habe mit den ölfördernden Firmen über Möglichkeiten gesprochen, weitere Bohrungen beziehungsweise Förderungen vorzunehmen. In diesem Zusammenhang stellten sich vor allem zwei Fragen, nämlich, ob Untersuchungen zur Feststellung der Ergiebigkeit von Ölvorräten bereits ein Eingriff in das Wattenmeer seien oder nicht und ob man verlässlich davon ausgehen könne, dass dann, wenn gebohrt werde, nur von Land aus gebohrt werde.

Die Firmen hätten bestätigt - so fährt M Austermann fort -, dass sie dann, wenn Felder ergiebig seien, nur von Land aus fördern würden. Zusätzliche Bohrseln im Nationalpark Wattenmeer werde die Landesregierung nicht zulassen. - AL Wienholdt unterstreicht auf Fragen von Abg. Matthiessen, RWE DEA werde einen entsprechenden Antrag auch so formulieren, dass sie, wenn sie im Dithmarscher Bereich Explorationsbohrungen mache, begründeterweise glaubhaft mache, dass von außerhalb gefördert werden könne. Diese Zusicherung der Firma gebe es. Es gebe sogar auch eine Verständigung, dass das Bergamt das bestätigen müsse, dass das gehe. So sei es abgesprochen worden, und so werde es auch im Antrag formuliert sein, der der Genehmigung durch das Nationalparkamt zugrunde gelegt werde.

Abg. Harms bittet die Vertreter der Landesregierung um Darlegung, ob es nach Nationalparkgesetz, Landesnaturschutzgesetz und anderen einschlägigen gesetzlichen Grundlagen erlaubt sei, dort von außen zu fördern, oder nicht.

St Rabijs erwidert, im Dithmarscher Bereich sei es möglich - das sei auch schon verschiedentlich schriftlich dargestellt worden -, dass von außerhalb des Nationalparks und von der

Mittelplate gefördert werden könne. - St Rabijs bestärkt die Aussage von M Austermann, dass gar nicht beabsichtigt sei, eine zusätzliche Förderplattform zu errichten, und dass das auch nicht genehmigungsfähig wäre.

Im nordfriesischen Bereich - so fährt St Rabijs fort - gelte im Prinzip das Gleiche. Hier befinde man sich aber sozusagen noch im „Vorfeld“ des Verfahrens. Es gebe hier noch nicht einmal eine Explorationsuntersuchung. Solche Explorationen würden zum Teil auch mit Bohrungen einhergehen müssen, und hier stelle sich die Sache insofern anders dar, als dies auch Eingriffe wären. Deshalb sei dieser Bereich anders zu sehen und sehe man hier keine Genehmigungsfähigkeit.

Abg. Matthiessen fragt, ob es durch landseitige Förderung zu Sackungen kommen könne. - St Rabijs erklärt, bergrechtliche Fragen, die in diesem Zusammenhang zu klären seien, müssten im Genehmigungsverfahren entschieden werden. - Die Vertreter des Umweltministeriums verdeutlichen, die ölfördernden Schichten müsse man sich als Sandstein mit einer gewissen Porosität vorstellen; in den Poren sitze Öl beziehungsweise Wasser. Wenn man nun das Öl herauspumpe, fließe Wasser nach, sodass kein Hohlraum entstehe und damit auch keine Sackungen erfolgten.

Nach dem Hinweis des Vorsitzenden, Abg. Arp, dass in den Fraktionen trotz der Erläuterungen noch erheblicher Beratungsbedarf bestehe, vertagt der Ausschuss die weitere Behandlung dieses Tagesordnungspunktes auf eine seiner nächsten Sitzungen.

Punkt 10 der Tagesordnung:

**Dem ländlichem Raum Entwicklungschancen lassen**

Antrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 16/2057

(überwiesen am 28. Mai 2008 an den **Innen- und Rechtsausschuss**, den Umwelt- und Agrarausschuss und den Wirtschaftsausschuss)

Angesichts des laufenden Verfahrens zum Entwurf des Landesentwicklungsplans schlägt der Vorsitzende, Abg. Arp, vor, den Innenminister zu bitten, in der Sitzung des Wirtschaftsausschusses am 1. Oktober 2008 einmal über den Stand des Aufstellungsverfahrens zum Entwurf des Landesentwicklungsplans 2009 zu informieren und für Fragen der Ausschussmitglieder zur Verfügung zu stehen.

Abg. Rother weist darauf hin, dass der federführende Innen- und Rechtsausschuss das Innenministerium gebeten habe, ihm auch schon einmal die im Referentenverfahren eingegangenen Stellungnahmen zuzuleiten, und dass der Innen- und Rechtsausschuss darüber hinaus beabsichtige, gegebenenfalls im vierten Quartal eine Anhörung zum Entwurf des Landesentwicklungsplans durchzuführen.

Im Ausschuss besteht Einvernehmen, dass sich der beteiligte Wirtschaftsausschuss in das weitere Vorgehen des federführenden Innen- und Rechtsausschusses entsprechend einbringt.



Punkt 11 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

Abg. Dr. Garg hebt auf den Antrag von CDU und SPD vom 23. April 2008 in der Drucksache 16/2030 ab, hinsichtlich der EU-Rechtsprechung die Rechtskonformität des Tariftreuegesetzes zu überprüfen. Er möchte wissen, wann die Vorschläge des Wirtschaftsministeriums hierzu zu erwarten seien. - Abg. Callsen verweist hierzu auch auf die letzte Ausgabe des Amtsblattes, in dem Handlungsanweisungen zum Umgang mit dem Tariftreuegesetz gegeben worden seien. - Abg. Harms bittet, das soeben an das Wirtschaftsministerium gerichtete Auskunftersuchen auch auf das Arbeitsministerium auszudehnen. - Der Ausschuss befürwortet diese Verfahrensvorschläge.

Der Vorsitzende, Abg. Arp, schließt die Sitzung um 12:45 Uhr.

gez. Hans-Jörn Arp

Vorsitzender

gez. Manfred Neil

Geschäfts- und Protokollführer



**Bürgschaftsbank Schleswig-Holstein GmbH, Kiel**

**Moin, moin!**

**Hans-Peter Petersen**

Mitglied der Geschäftsführung

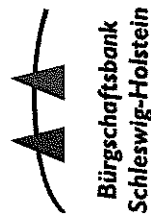
**Christian Delfs**

Prokurist

**Wirtschaftsausschuss des schleswig-holsteinischen Landtags**



**11. Juni 2008**



# Die Förderinstitute des Landes



**Bürgschaftsbank  
Schleswig-Holstein**

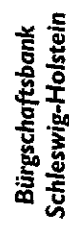
schließt Sicherheitenlücken



schließt Eigenkapitalücken



schließt Finanzierungslücken

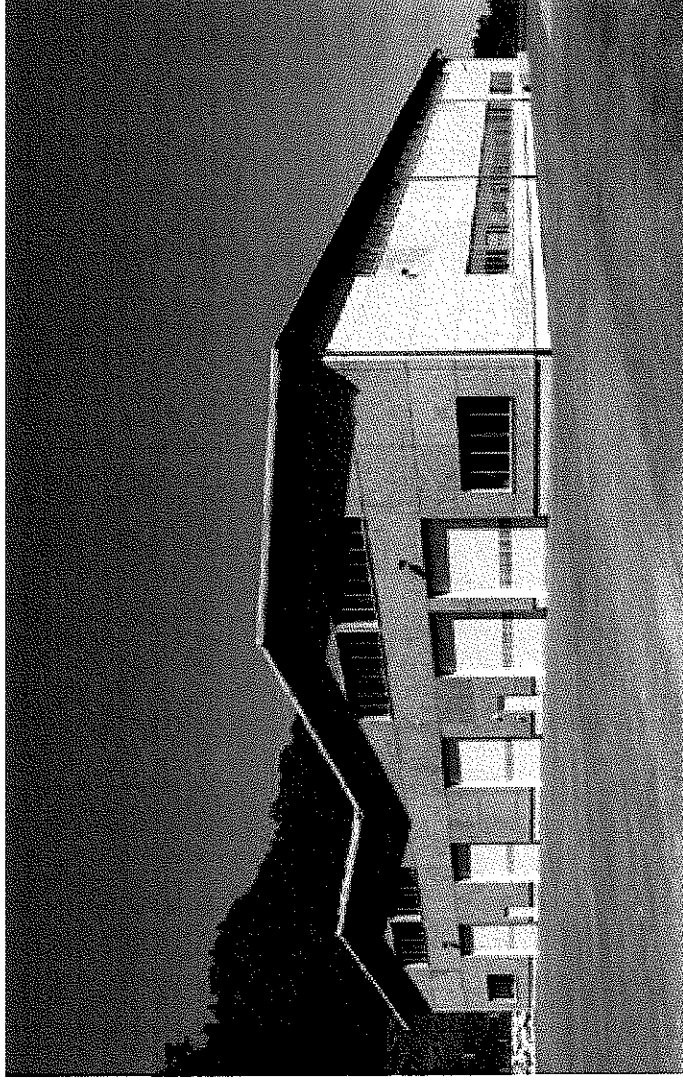


# Die Bürgschaftsbank-Schleswig-Holstein

- **Selbsthilfeeinrichtung seit 1949**  
Träger: Spitzeninstitute der Kreditwirtschaft, Industrie- und Handels- sowie Handwerkskammern, Verbände der gewerblichen Wirtschaft und Freien Berufe;  
Unterstützung durch öffentliche Hand
  
- **Gesellschafter**
  - Land Schleswig-Holstein 49,97 %
  - Kreditinstitute in Schleswig-Holstein 50,03 %
  
- **Beteiligte**  
über 100 Berufsstände, Kammern, Innungen,  
Wirtschaftsverbände

# Die Einsatzmöglichkeiten

Am Beispiel einer Gewerbeimmobilie:



40 % Hausbank mit  
Bürgschaftsbank

50 % Hausbankdarlehen

10 % Eigenkapital

# Die Bürgschaft

<b>Höhe:</b>	max. € 1 Mio. Bürgschaft (z.B. € 1,25 Mio. Kredit zu 80 % verbürgt)
<b>Laufzeiten:</b>	bis zu 15 Jahre, in Ausnahmefällen länger, bei Betriebsmittel-/Avalkrediten bis zu 4 tilgungsfreie Jahre
<b>Konditionen:</b>	i. d. R. 1 % einmaliges Bearbeitungsentgelt i. d. R. 1 % lfd. Bürgschaftsprovision p.a.
<b>Kreditarten:</b>	Investitions-, Betriebsmittel- und Avalkredite (keine Altverbindlichkeiten und Sanierungs- kredite)

## Das Geschäft 2007

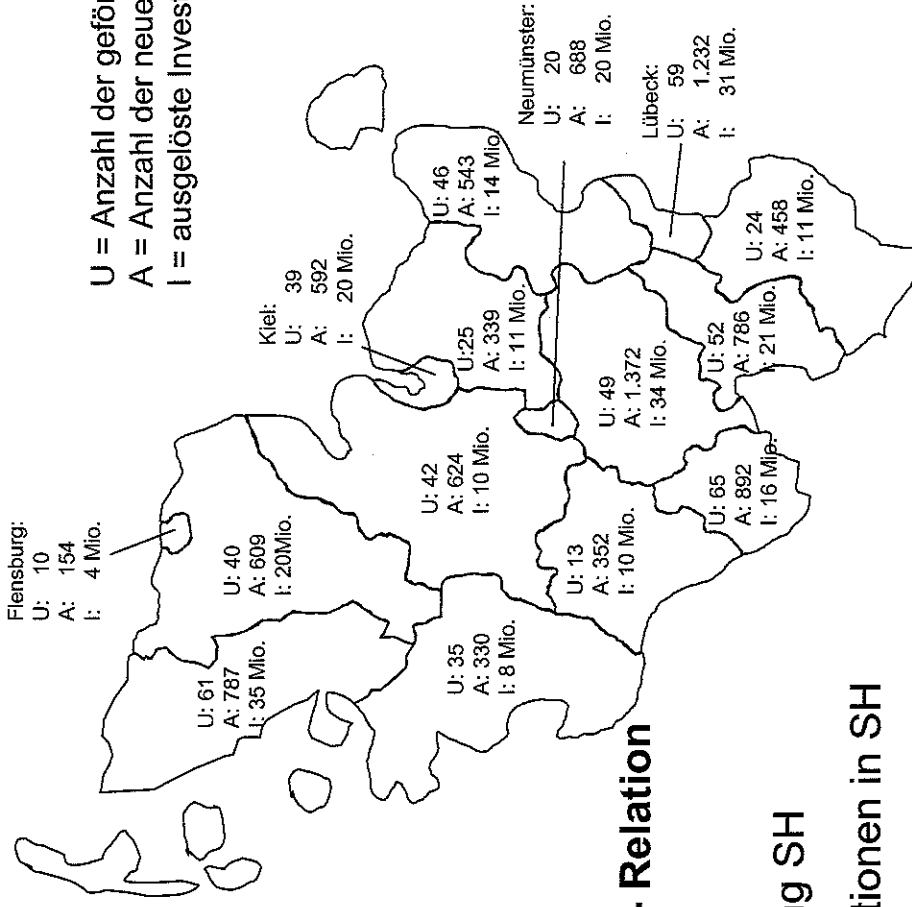
### Zahlen 2007

- 586 Unternehmen gefördert
- 265 Mio. € Investitionen in SH ausgelöst
- 9.847 Arbeitsplätze in SH neu geschaffen oder gesichert
- 213 Existenzgründern in die Selbständigkeit verholfen, davon 57 %  
Unternehmensübernahmen

Anzahl Kunden insgesamt zzt. ca. 3.000



# Der Nutzen für Schleswig- Holstein



U = Anzahl der geförderten Unternehmen  
 A = Anzahl der neuen und gesicherten Arbeitsplätze  
 I = ausgelöste Investitionen in €

## Kosten- Nutzen- Relation

für SH in 2007:

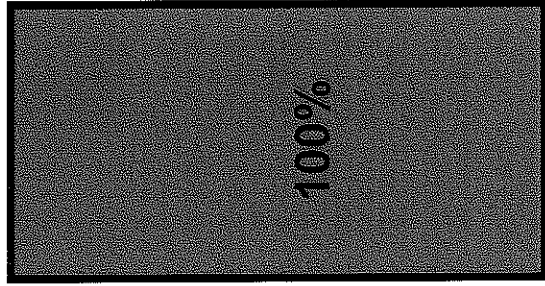
1 € Ausfallzahlung SH

= 82,25 € Investitionen in SH

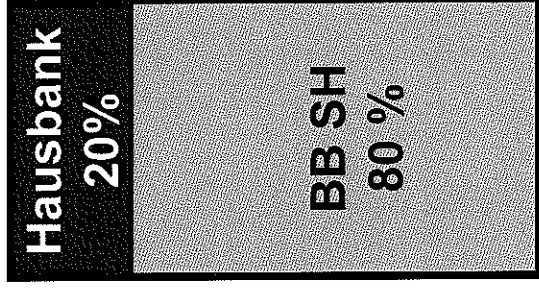
# Die Risikopartnerschaft

## Die Kehrseite der Medaille

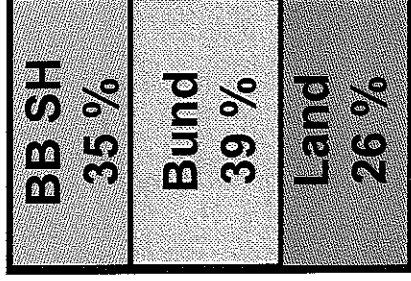
Zahlungen von Kunden - Provision und eBG: 4.205 T€  
 Ausfallzahlungen an Hausbanken: 12.391 T€



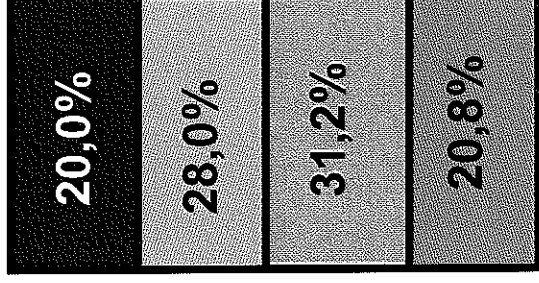
Kredite



1. Risiko-  
teilung

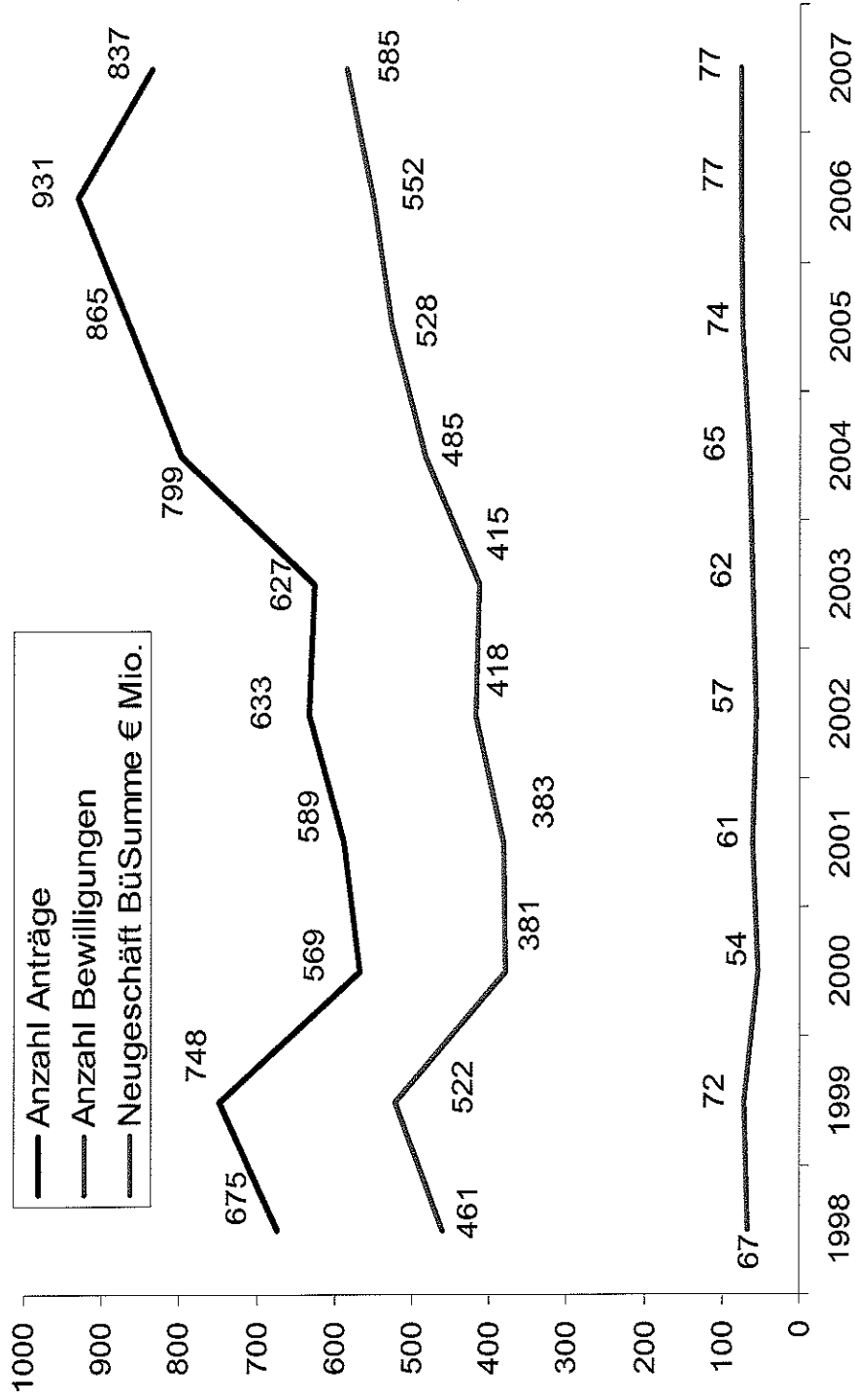


2. Risiko-  
teilung



Haftungsver-  
teilung

# Neugeschäft / Wirtschaftsförderung

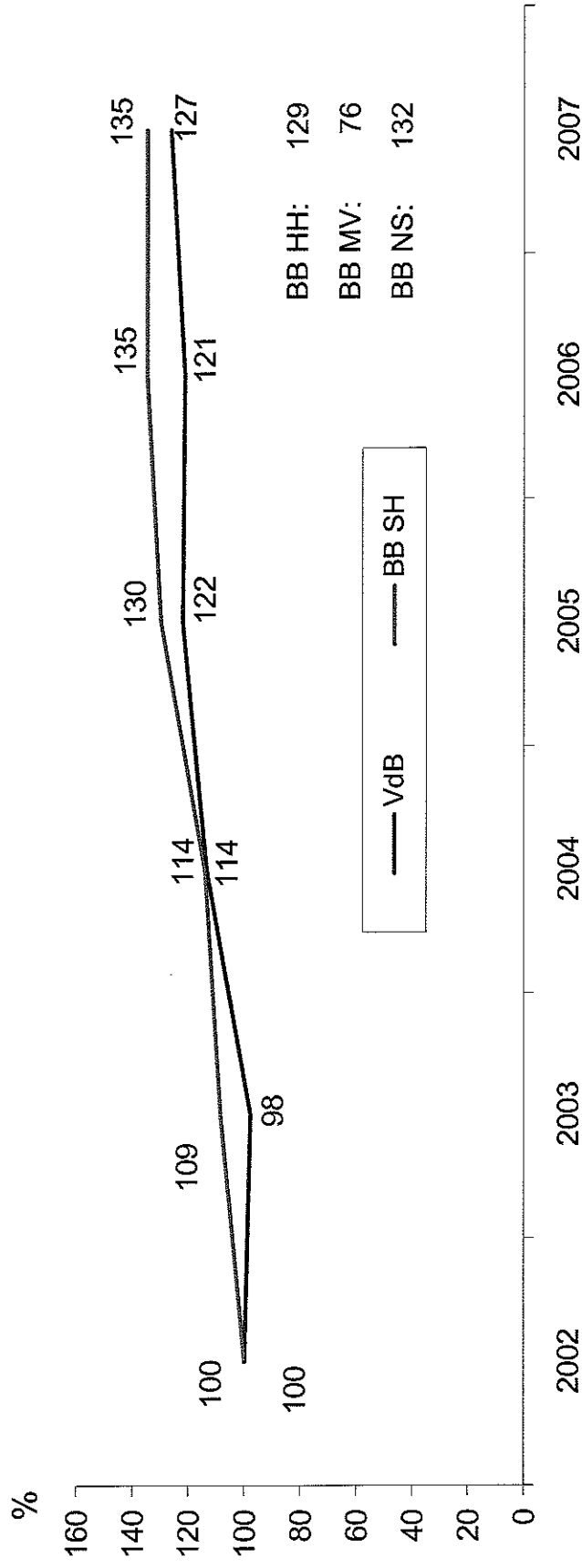


VERBAND DEUTSCHER  
BÜRGSCHAFTSBANKEN



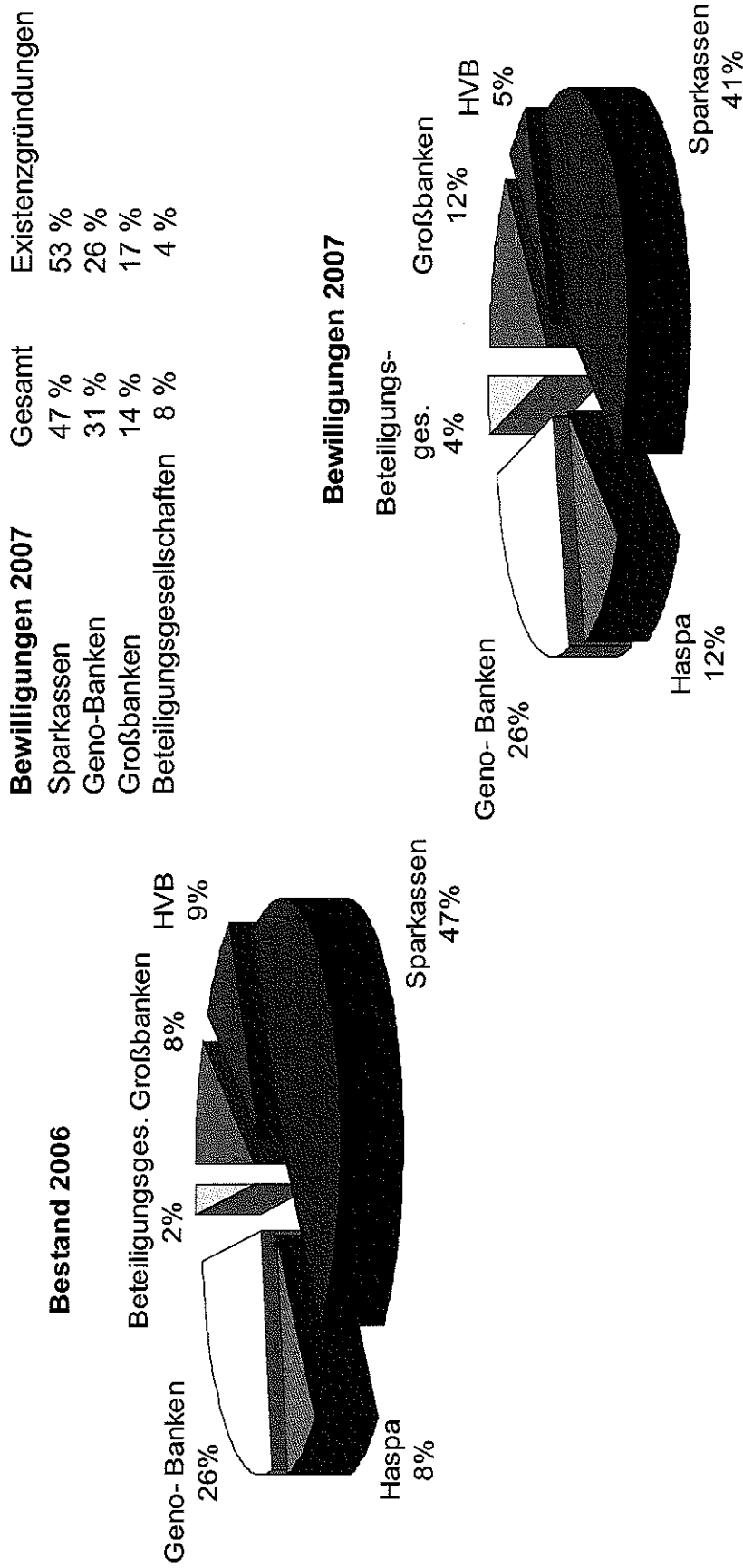
Bürgschaftsbank  
Schleswig-Holstein

# Neugeschäft VDB / BB SH (Index Bürgschaftssumme)



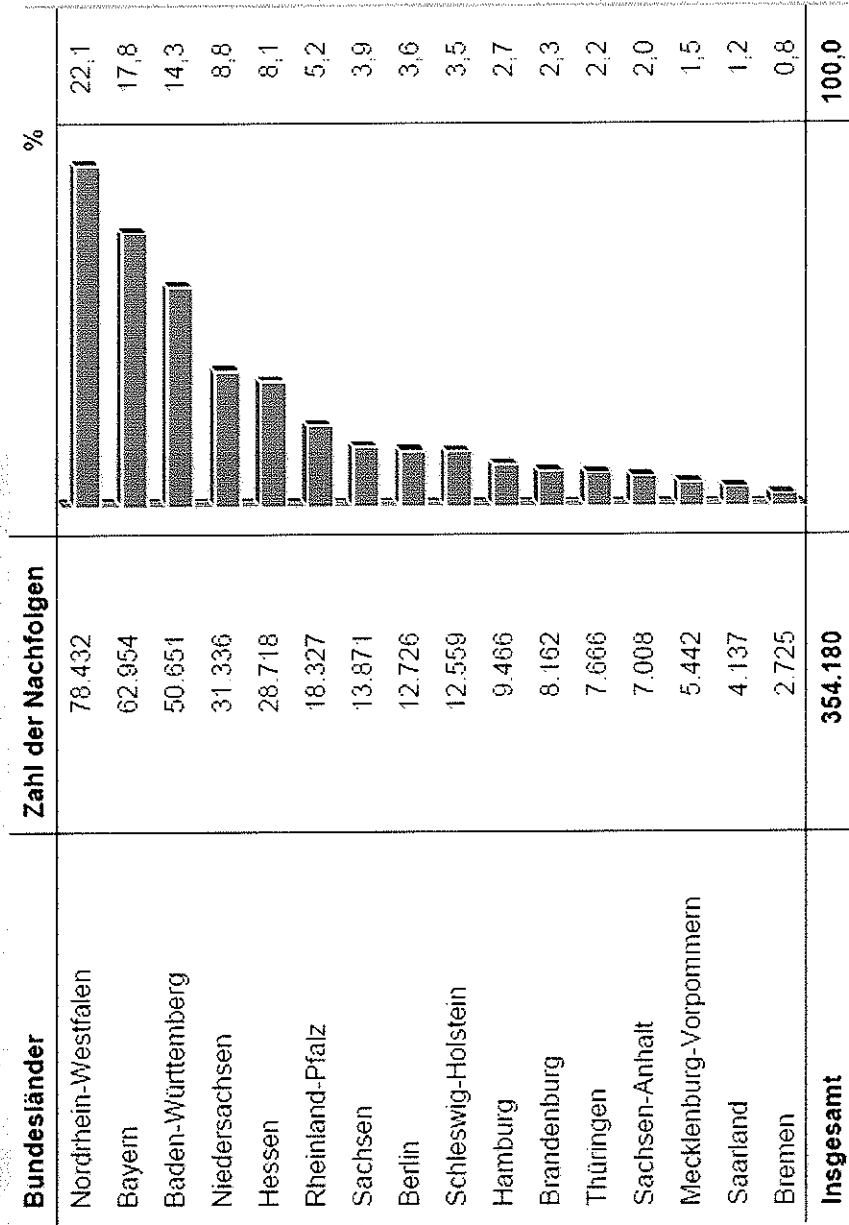
BB HH: 129  
 BB MV: 76  
 BB NS: 132

# Institutgruppen – Anzahl Existenzgründer



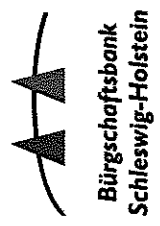
Bei jeder 2. Exi-Gründung wird ein best. Unternehmen übertragen – Tendenz steigend!

# Anzahl Unternehmensnachfolgen 2005 – 2009 nach Bundesländern



Quelle: Freund (2004), S. 77

© IfM Bonn 2007 51\_ak-8



## Unsere Erfahrungen

**In den letzten 10 Jahren hat die BB SH 1.000 Übergaben begleitet.**

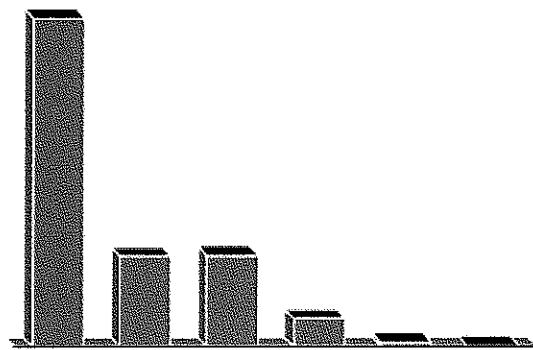
Wenn auch nur jede 6. Übergabe begleitet wurde, gibt es kein Kreditinstitut in Schleswig-Holstein, dass auf eine so große Anzahl zurückblicken kann.

**Übergaben in Schleswig-Holstein p.a. ca. 2.500**

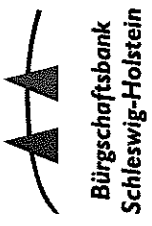
- davon ohne Finanzierung („in der Familie“ oder stille Liquidation) ca. 50 %
- davon ca. 1.250 Übergaben mit Finanzierung

# Jährliche Anzahl an Unternehmensnachfolgen nach Unternehmens-(Umsatz-) -Größenklassen

Jahresumsatz in €	Zahl der Nachfolgen	%	SH ca. Stk.
50.000 bis 250.000	42.930	60,6	1510
250.000 bis 500.000	11.803	16,7	410
500.000 bis 2 Mill.	11.877	16,8	420
2 Mill. bis 10 Mill.	3.530	5,0	120
10 Mill. bis 50 Mill.	592	0,8	20
50 Mill. und mehr	93	0,1	
<b>Insgesamt</b>	<b>70.835</b>	<b>100,0</b>	



Quelle: Umsatzsteuerstatistik 2002, Hochrechnungen: IfM Bonn, eig. Berechnung © IfM Bonn, 2007, 51\_Ak-9



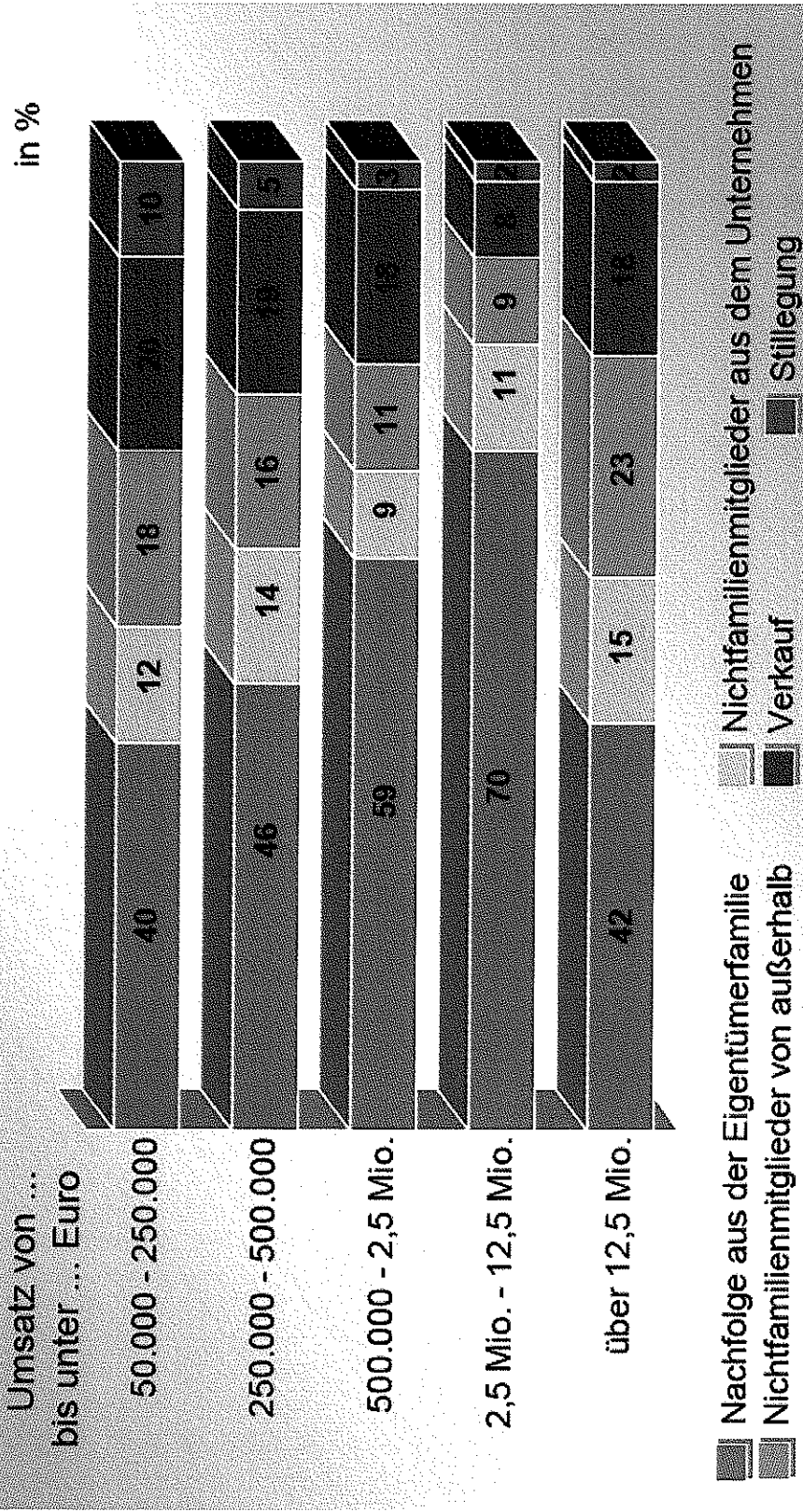


# Die Planung

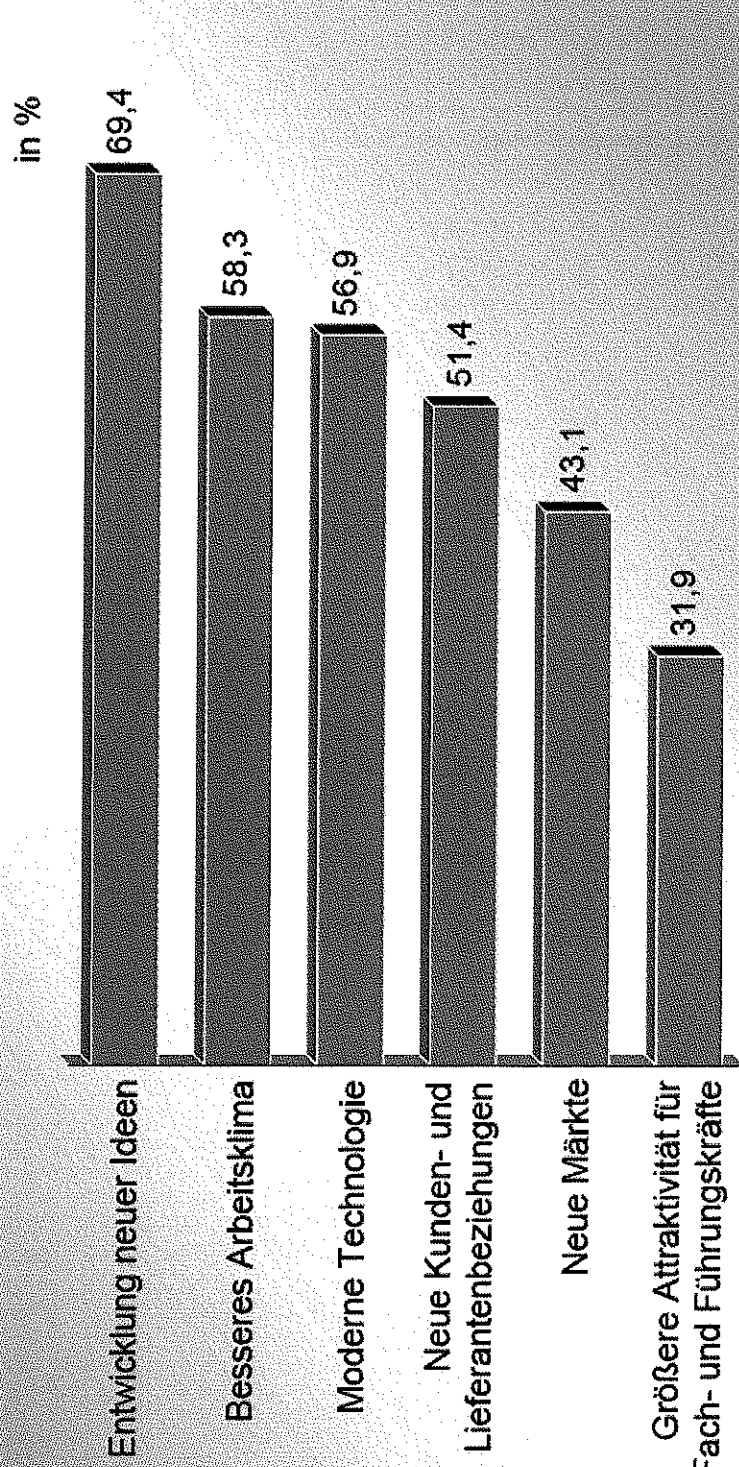
## Geplante Ausweitung der Wirtschaftsförderung in 2008/2009

- Erhöhung Beratungskostenzuschuss BB SH
- Beteiligung an den Kosten für Existenzgründungsberatungen (Bearbeitungskostenpauschale an Hausbanken bei Existenzgründungsberatungen )

# Voraussichtliche Nachfolgelösungen in westdeutschen Familienunternehmen nach Umsatzgrößenklassen



# Veränderungen in Unternehmen nach dem erfolgten Generationswechsel



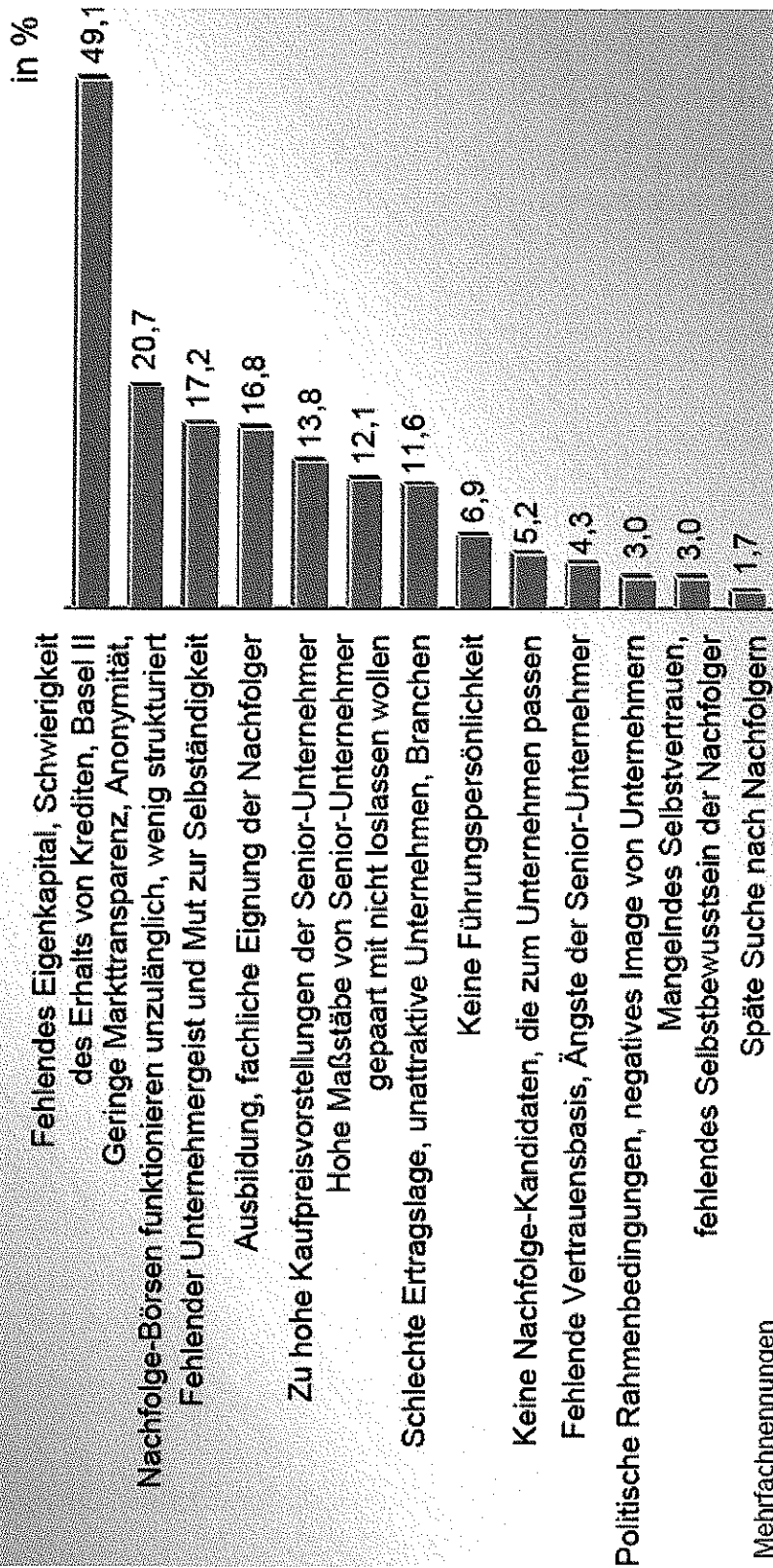
\* Mehrfachnennungen

n = 72

Quelle: Kayser/Freund (2004), S. 51

© IFM Bonn 2007 51\_ak-37

# Schwierigkeiten bei der Suche nach einem externen Nachfolger aus Sicht der Berater



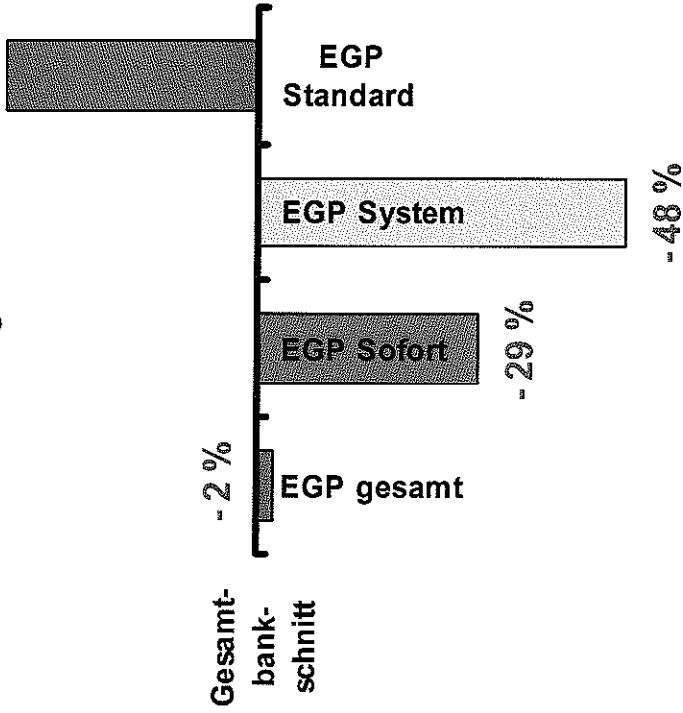
n = 232

Quelle: IfM Bonn

© IfM Bonn 2007 51 ak 31

# Unser Know-How/ positive Einstellung

**Erfolgsmessung  
begleitende Beratung**  
Basis Forderungs-  
abschreibungen 2007 + 33 %



Wir nehmen nicht nur Einfluss auf die Ausfallhöhe, sondern auch auf die Ausfallwahrscheinlichkeit!

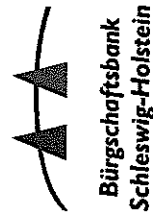
Beratungskostenzuschüsse der BB SH  
in 2007 insgesamt 116.500 €

**Bürgschaftsbank Schleswig-Holstein GmbH, Kiel**

**Vielen Dank für Ihre  
Aufmerksamkeit !**



**11. Juni 2008**



**Präsentation vor dem Wirtschaftsausschuss  
des Landtages des Landes Schleswig-Holstein**  
11. Juni 2008

Dr. Gerd-Rüdiger Steffen, Geschäftsführer

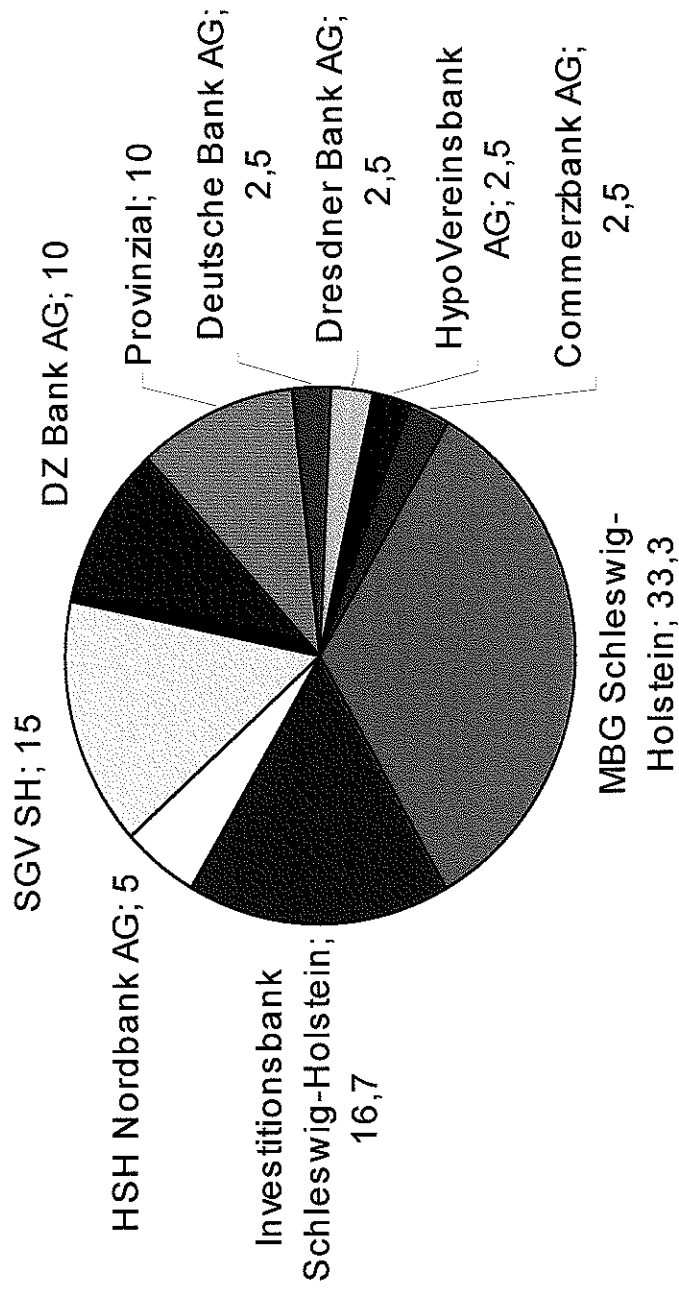
**Mittelständische Beteiligungsgesellschaft  
Schleswig-Holstein GmbH (MBG)**

## Unternehmensprofil MBG

- **Gründung:** 1994 mit dem Ziel der Verbesserung der Wirtschaftsstruktur in Schleswig-Holstein
- **Aufgabe:** Bereitstellung von Beteiligungskapital für mittelständische Unternehmen in Schleswig-Holstein zur **Stärkung des wirtschaftlichen Eigenkapitals**
- **Größe:** 15 Mitarbeiter betreuen rd. 287 Unternehmen und ein Portfolio von rd. € 85 Mio.



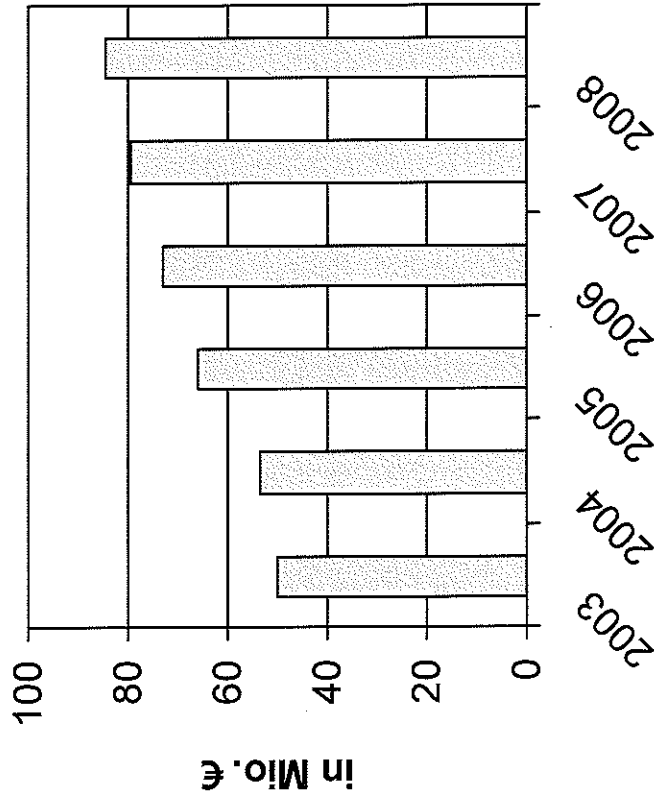
## Gesellschafter der MBG



## MBG Beteiligungsgeschäft

- Portfoliovolumen: ca. 85 Mio. €
- Kunden: 287
- Ø Beteiligung je Kunde: 292 T€
- Ø Jahresumsatz der MBG-Kunden: 7,5 Mio. €
- Investitionsfokus: alle Branchen und Sektoren (außer Landwirtschaft)

## Portfolioentwicklung

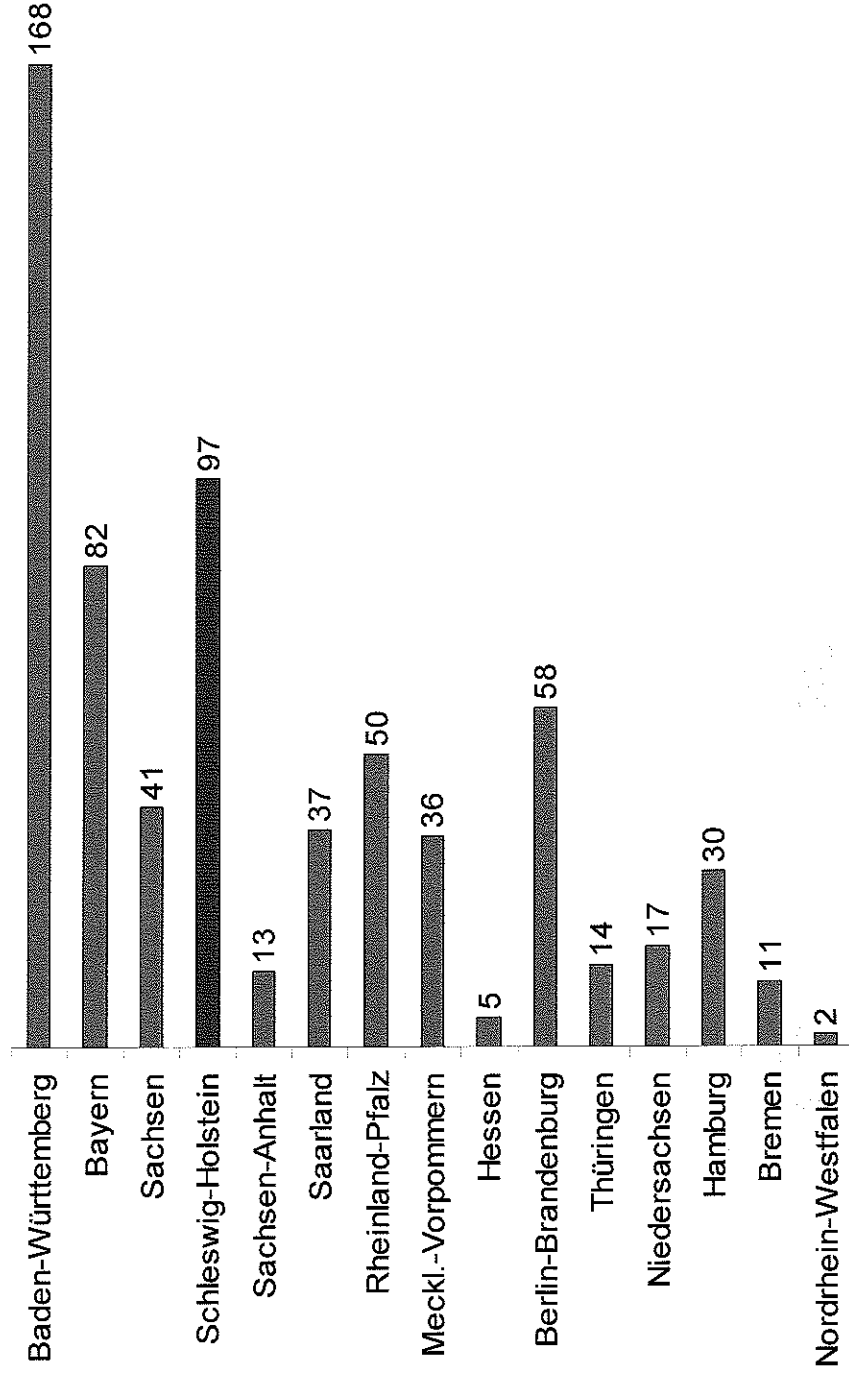


## MBG Neugeschäftsbilanz 2003-2008

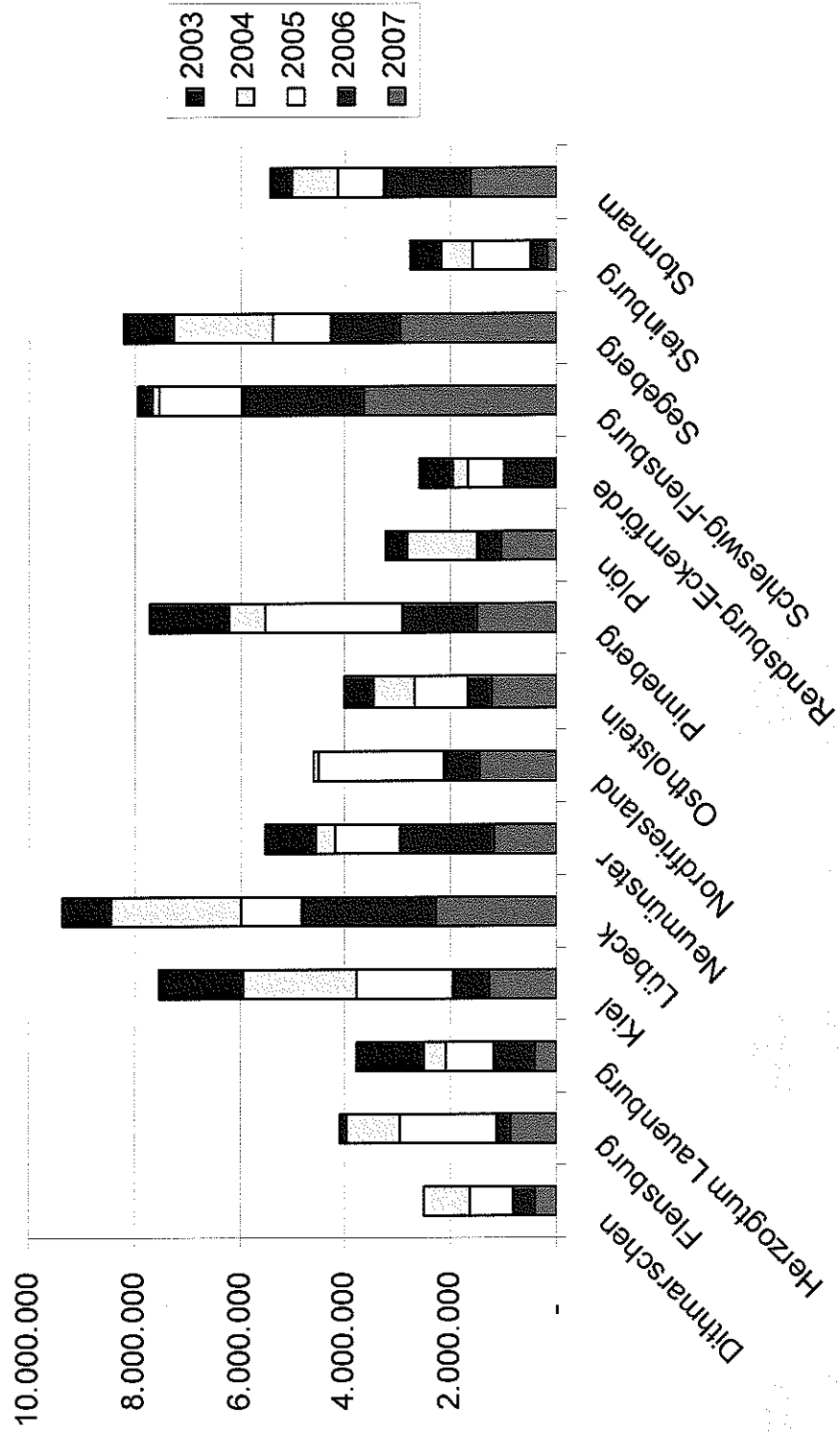
	2003	2004	2005	2006	2007	2008*
Neugeschäftsvolumen	10,2 Mio. €	13,8 Mio. €	19,0 Mio. €	16,2 Mio. €	20,1 Mio. €	10,9 Mio. €
Valutierungsvolumen	7,9 Mio. €	9,9 Mio. €	16,5 Mio. €	14,5 Mio. €	18,2 Mio. €	8,0 Mio. €
Anzahl von Beteiligungen	48	70	81	83	97	60

\*Stand: 30.05.2008

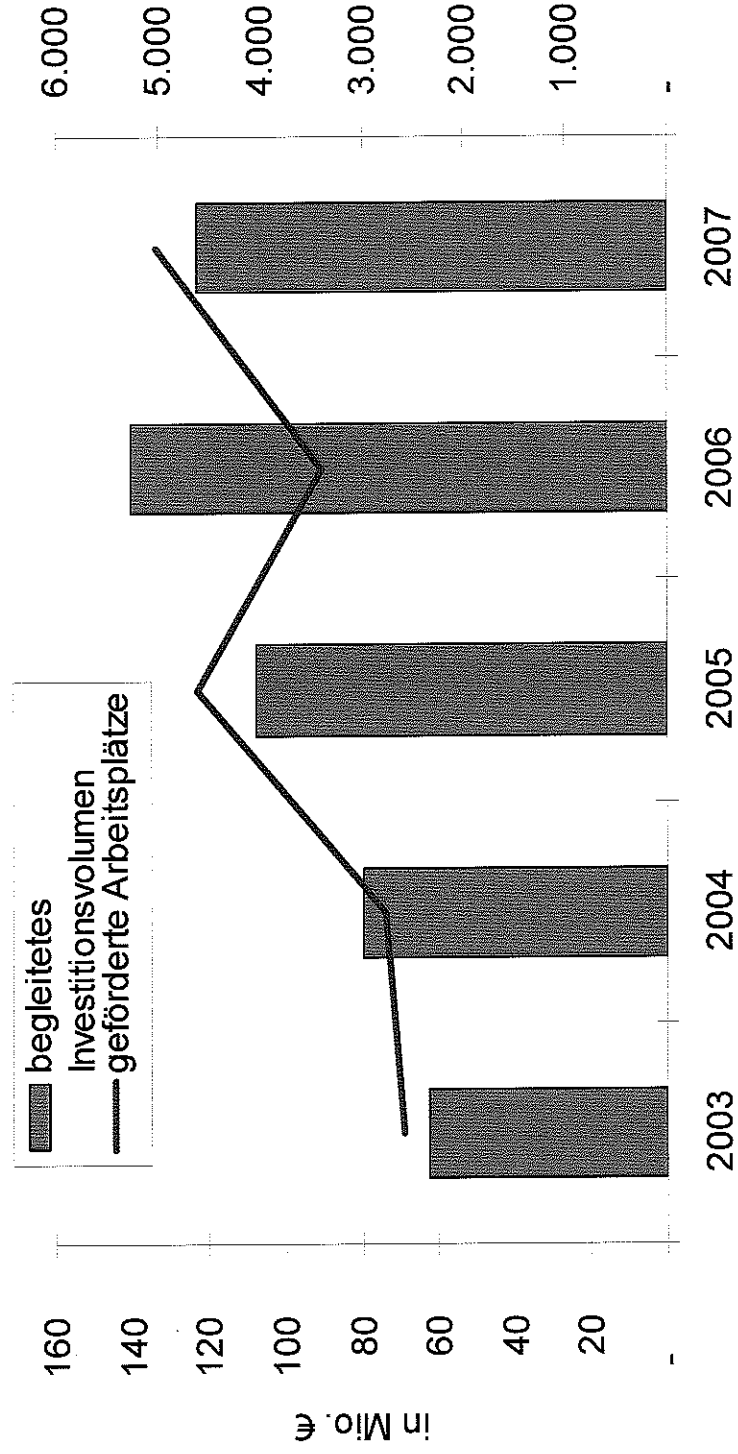
## Neugeschäftsfälle 2007 im BVK-Vergleich



## MBG-Neugeschäft 2003-2007 nach regionaler Verteilung



## MBG Förderbilanz 2003-2008

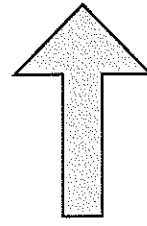
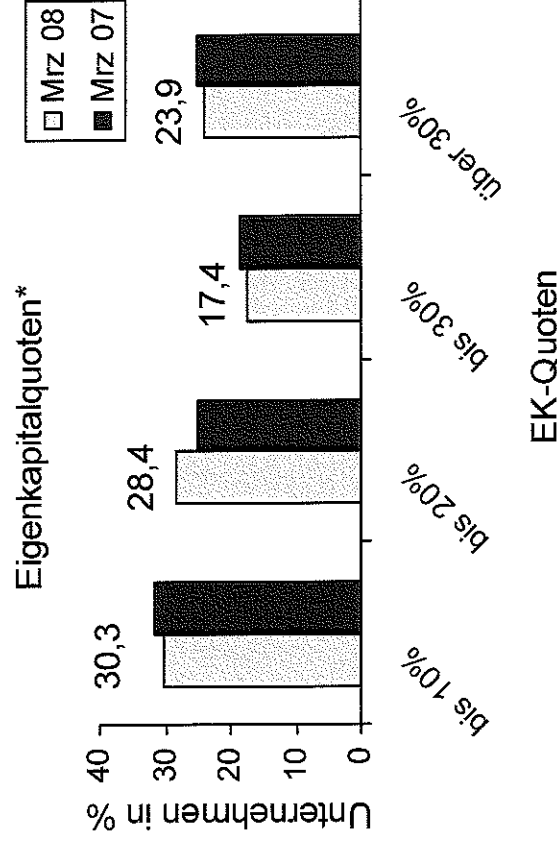


## MBG Geschäftsergebnisse

	2003	2004	2005	2006	2007
Beteiligungserträge	4.501	4.911	5.645	6.264	7.286
Risikovorsorge	2.584	1.854	1.749	1.957	2.491
Operatives Ergebnis	-480	+764	+682	+857	+1.508
Bilanzsumme	50.570	54.157	65.776	69.527	76.502
<b>Eigenkapital</b> (davon Einlage der IB)	<b>12.098</b>	<b>12.865</b>	<b>13.547</b>	<b>18.629</b> (4.511)	<b>21.042</b> (6.011)
Risiko nach Vorsorge	11.073	11.954	14.202	14.867	16.167

## Problem: Eigenkapitallücke im Mittelstand

- u.a. auf Grund steuerlicher Anreize hat sich der Mittelstand in der Vergangenheit über Kredite finanziert und die Eigenkapitaldecke gering gehalten
- Eigenkapitalquote des dt. Mittelstandes (Diagramm)
- internationaler Vergleich: Eurozone 35%, USA 45 %



Die geringe Eigenkapitalausstattung begrenzt den Kreditschöpfungsspielraum, belastet die Sicherheiten und hemmt die Investitionstätigkeit.

\*Quelle: Creditreform, Frühjahr 2008



## Möglichkeiten der Eigenkapitalbildung

- Innenfinanzierung
- Börsengang
- Familie
- Private Equity- / VC-Gesellschaften / Banken
  - offene / direkte Beteiligungen
  - eigenkapitalnahe Mittel
    - stille Beteiligung
    - Genußscheine
    - Nachrangdarlehen
    - partiarische Darlehen

Lt. KfW-Studie Zugang für  
KMU begrenzt → Marktversagen !

## MBG-Beteiligungskapital - Grundsätzliches

- Typisch stille Beteiligungen & offene Beteiligungen
- langfristiges wirtschaftliches Eigenkapital (i.d.R. 10 Jahre)
- Konditionen: ratinggestützt von 7,25 % - 9,75 % Festzins +  
2,00 - 3,00 % gewinnabhängige Vergütung
- Beteiligungen von T€ 50 bis € 1,0 Mio.
- Eigenkapitalparität
- Rückzahlung zu 100%, kein Exitaufschlag
- i.d.R. keine Sicherheiten erforderlich
- Hausbankprinzip
- Finanzierung insbes. von:
  - Investitionen - Forschung & Entwicklung (F&E)
  - Markteinführung - Anteils- / Unternehmenskäufe
- keine Sanierungen
- keine Ablösung von Bankverbindlichkeiten

## MBG-Beteiligungskapital - Vorteile für ...

### Unternehmen:

- Stärkung des wirtschaftlichen Eigenkapitals
- Verbesserung des Unternehmensratings\*
- i.d.R. keine Sicherheiten erforderlich
- verbesserte Ausgangslage zur Beschaffung von Fremdkapital
- Liquiditätsschonung (keine lfd. Tilgung)
- langfristiges Engagement (i.d.R. 10 Jahre) zu festen Konditionen

### Banken:

- Verbesserung der Bonität der Kunden/ des Portfolios
- Verringerung der Risikokosten
- verlässliche Risikopartnerschaft/ MBG ist kein Wettbewerber
- Know-how Partnerschaft (MBG-Netzwerke)
- MBG ist Nachranggläubiger

→ Banken bleiben Hauptansprechpartner des Kunden (Hausbankprinzip)

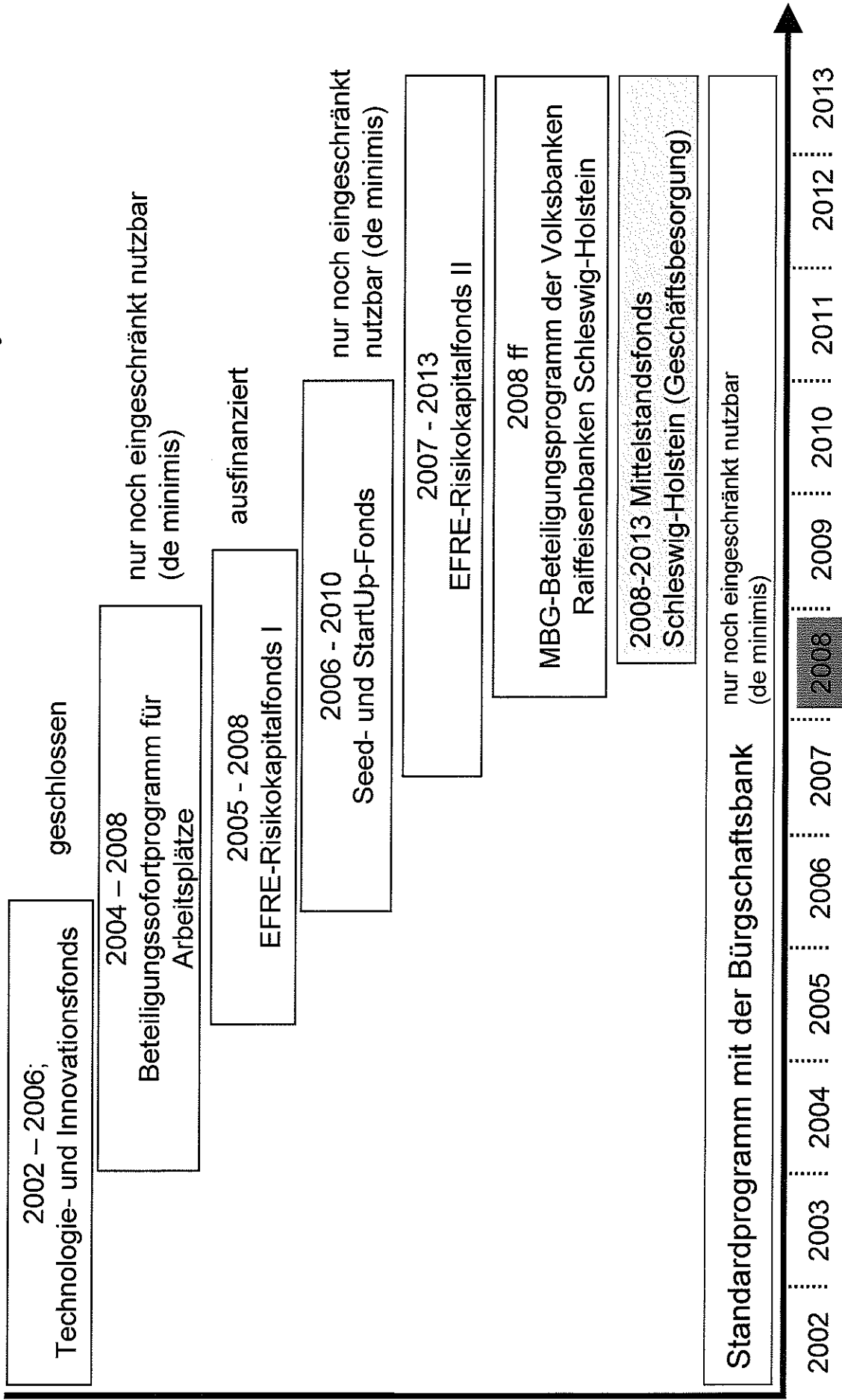
\* i.d.R. wird die MBG-Beteiligung in der Bilanzauswertung als wirtschaftliches Eigenkapital qualifiziert

# MBG-Beteiligungsprodukte

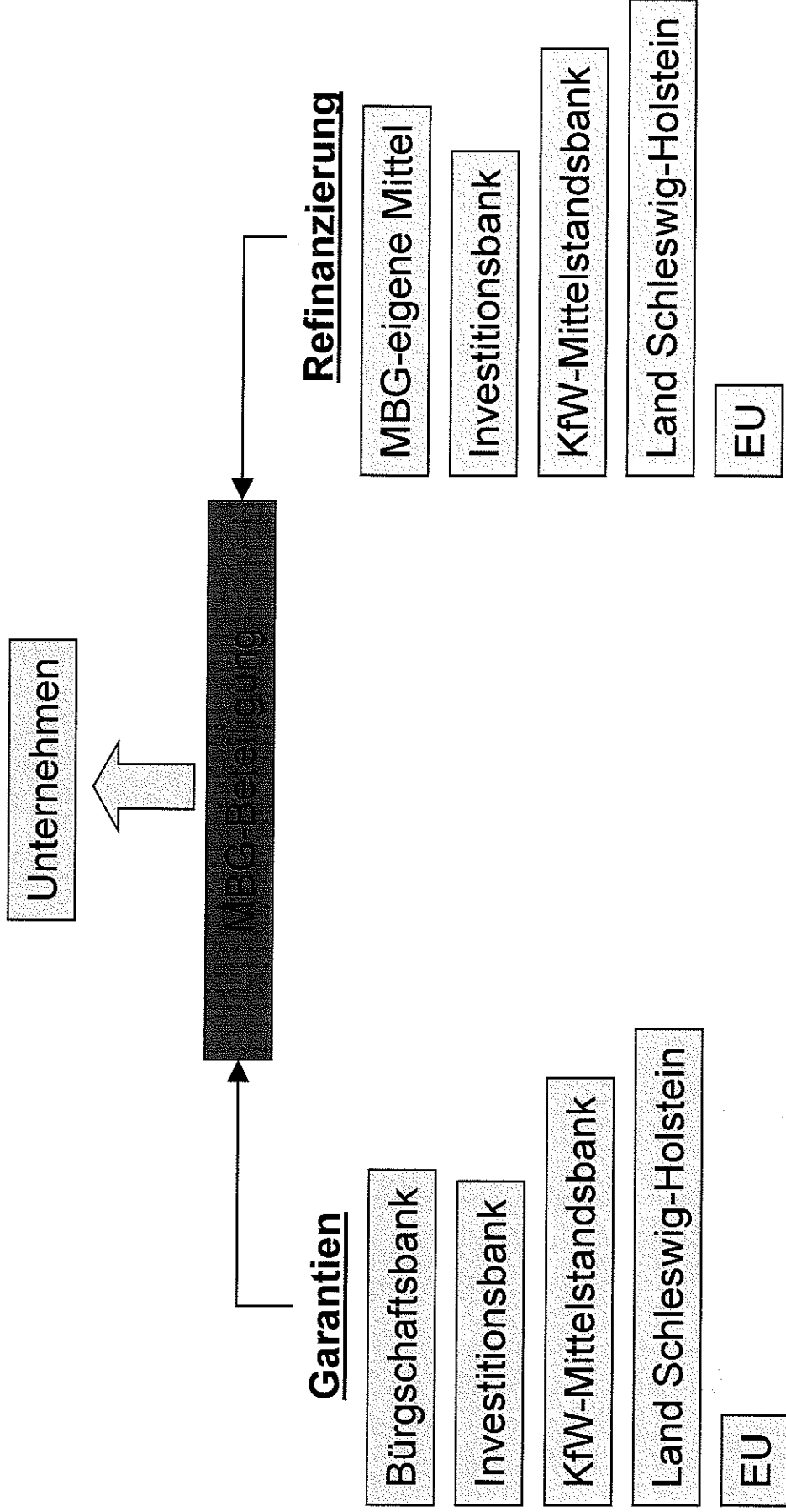


Ausgründungen aus Hochschulen und Forschungseinrichtungen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• ggf. Kosten der Anwendungsforschung</li> <li>• Kosten der Seed-Phase</li> <li>• Beratungskosten</li> </ul>	€ 50.000 - € 250.000
Innovative Existenzgründungen (< 3 Jahre)	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Existenzgründungen</li> <li>• F&amp;E Vorhaben</li> <li>• Markteinführung</li> </ul>	€ 50.000 - € 500.000
Markteinführung & Wachstum	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Übergang Frühphase zur Markteinführung</li> <li>• Unternehmenswachstum</li> </ul>	€ 50.000 - € 1 Mio.
Mittelständische Unternehmen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Stärkung der Eigenkapitalbasis im Zuge einer Investitionsfinanzierung</li> </ul>	€ 50.000 - € 1 Mio.
Unternehmensfortführungen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• MBO/MBI</li> <li>• Nachfolgeregelungen</li> <li>• Gesellschafterwechsel</li> <li>• Konsolidierung</li> </ul>	€ 50.000 - € 1 Mio.
Unterstützung von Außenhandelsaktivitäten	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Erschließung von Auslandsmärkten</li> <li>• Anbahnung und Durchführung von Außenhandelsaktivitäten</li> </ul>	€ 50.000 - € 500.000

# MBG-Programmübersicht



## Partnerschaften mit Förderinstituten/Land/EU



Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit !

Internet: [www.mbg-sh.de](http://www.mbg-sh.de)

**Anschrift**

MBG Schleswig-Holstein  
- Haus der Wirtschaft -  
Lorentzendam 21  
24103 Kiel









**Vorstand der ISH**

**Kiel, 10. Juni 2008**

## **Stellungnahme des Vorstands der ISH zum Bericht der Landesregierung über die Tätigkeit der ISH 2006 (Drucksache 16/1971 vom 08-03-11)**

### **I. Verfahrensablauf**

Der **Stiftungsrat** (nicht Vorstand) beschließt den ISH-Bericht und unterrichtet dann die Landesregierung.

Der ISH-Bericht über 2006 wurde am 31. Mai 2007 einstimmig im Stiftungsrat verabschiedet und dem zuständigen MWV am **15. Juni 2007** zugeleitet. Der ISH-Bericht wurde zugleich veröffentlicht (Internet).

Der Bericht der Landesregierung wurde dem Landtag am **11. März 2008** zugeleitet.

### **II. Verhältnis „ISH-Bericht“ zu „Bericht der Landesregierung“**

Der „Bericht der Landesregierung“ enthält (neben Vorbemerkung, Aufgaben und Arbeitsprogramm) das Kapitel D „Tätigkeit der ISH“ und das Kapitel E „Bewertung der Tätigkeit“.

Das Kapitel D (insg. 12 Seiten) übernimmt fast vollständig den Text des ISH-Berichts (ohne Bilder, Grafiken), mit allerdings geänderter Gliederung. Die Zitate sind **nicht** kenntlich gemacht. Es ist nicht erkennbar, wo Umformulierungen, Ergänzungen etc. vorgenommen wurden.

### **III. Zu Kapitel E „Bewertung der Tätigkeit der ISH 2006“**

#### **III 1. Steigerung der Erträge aus dem Stiftungskapital**

##### **Bewertung des MWV (S. 17)**

„... erwartet die Landesregierung, dass die ISH zukünftig mehr Anstrengungen darauf verwendet, an den Finanzmärkten höhere Erträge zu erreichen.“

##### **Stellungnahme ISH:**

- Diese Bewertung lässt außer Acht, dass für alle öffentlichen Stiftungen in SH die im März 2004 verabschiedeten „Anlagerichtlinien des Finanzministeriums“ gelten, die das im Stiftungsgesetz verankerte Gebot des Kapitalerhalts unterstreichen und deswegen enge Vorgaben für die Zulässigkeit von Risiken in der Anlagestrategie machen.
- Die Stiftung wird bei ihrer Kapitalanlage von einer Finanzkommission (ein fachkundiger ehem. Beamter des FinMin, ein für Kapitalanlagen zuständiger Mitarbeiter von E.ON-Hanse, Vorstand) beraten.
- Das Anlagekonzept wird regelmäßig im Stiftungsrat beraten (31. Mai 2007, 30. Nov. 2007, 16. Juni 2008).
- Die ISH hat zwei Drittel ihres Kapitals in risikoarme Rentenpapiere und ein Drittel in einem Spezialfonds investiert. Nach den Anlagerichtlinien des FinMin ist im Spezialfonds eine Beimischung von max. 20 % Aktien zulässig.
- Die erzielten Renditen waren – gemessen an den Vorgaben – 2006 gut bis befriedigend und 2007 gut.

## Rendite der ISH-Kapitalanlagen im Vergleich (Rendite in %):

	2006	2007
ISH-Rentendepots <sup>1)</sup> (53,2 Mio. per Nov. 2007) darunter Neuanlagen 2007	3,68	3,79 4,68
ISH-Spezialfonds <sup>2)</sup> (30 Mio.)	1,23	3,92
Kulturstiftung <sup>3)</sup>	1,06	liegt noch nicht vor
Stiftung Naturschutz <sup>3)</sup>	3,2	liegt noch nicht vor
Rentenindex REX-P 5 Jahre <sup>4)</sup> bei Neuanlagen zum 01.01.	3,91	4,22
Rentenindex REX-P 3 Jahre <sup>4)</sup> bei Neuanlagen zum 01.01.	3,89	4,13

- <sup>1)</sup> Die ISH-Rentendepots werden nach dem buy-and-hold-Prinzip bis zur Endfälligkeit gehalten und deswegen mit dem Nominalwert bewertet. Kursverluste in 2006 und 2007 als Folge steigender Zinsen sind nicht berücksichtigt.
- <sup>2)</sup> Die Bewertung der Anlagen im Spezialfonds erfolgt nach dem Tageskursen. Diese Ertragsberechnung berücksichtigt im Gegensatz zur o.g. Berechnung der Erträge der nach dem „buy-and-hold-Prinzip“ gehaltenen Rentendepots auch die nicht realisierten Kursgewinne und –verluste. Die Fondsp performance des Spezialfonds litt 2006 durch den Kursrückgang der Rentenpapiere. Der Fonds konnte von den Kursgewinnen am Aktienmarkt nur begrenzt profitieren, weil die Anlagerichtlinien des FinMin eine Obergrenze für den Aktienanteil in Höhe von 20 % vorsehen.
- <sup>3)</sup> Quelle: Bericht des Finanzministeriums über die Umsetzung der Anlagerichtlinien von Stiftungsvermögen 2006 (Manuskript Jan. 2008).
- <sup>4)</sup> Der REX-P geht von einer aktuellen Anlage in Rentenpapieren für den jeweiligen Zeitraum aus. In den ISH-Depots sind Papiere unterschiedlicher Laufzeiten enthalten, die zu unterschiedlichen Zeitpunkten beschafft wurden. In Zeiten steigender Zinsen sind die Renditen solcher gemischter Depots i.d.R. niedriger als der REX.

**Fazit:**

1. Die im Bericht der Landesregierung geforderten höheren Erträge wären nur bei Eingehen höherer Risiken erzielbar, die nach den Anlagerichtlinien nicht zugelassen sind.
2. Für die Bewertung des Anlageerfolgs, insbesondere bei Spezialfonds, sind Mehrjahresergebnisse heranzuziehen.

**III.2 Fehlbetrag im Jahresabschluss 2006****Bewertung des MWV (S. 5)**

„Dadurch ergibt sich für 2006 kein Überschuss, sondern ein Fehlbetrag i.H.v. rd. 402 T€, der gemäß Stiftungsratsbeschluss durch Entnahme aus der Zweckrücklage und einem Verlustvortrag ausgeglichen wurde.“

**Stellungnahme ISH:**

Die Aussagen sind zutreffend. Für eine Bewertung bedürfen die Aussagen jedoch einer Ergänzung, da der schnelle Leser ansonsten zum Schluss kommen würde, die ISH habe 2006 einen Verlust erwirtschaftet und müsse ihre Reserven angreifen.

Bei Beschluss des Wirtschaftsplans für 2006 wurde zugleich geplant, die aus dem Überschuss der Vorjahre gezielt gebildete „Zweckrücklage für laufende Projekte“ (1. Jan. 2005: 1.245 T€) zu verbrauchen. Ein Rest des bilanzmäßigen „Verlustes“ des Jahres 2006 in Höhe von 28 T€ wurde als Verlust vorgetragen.

## Übersicht über die Entwicklung finanzieller Kennzahlen der ISH:

	31.12.2004 (6 Monate)	31.12.2005 (12 Monate)	31.12.2006 (12 Monate)	31.12.2007 (12 Monate)
<b>Jahresabschluss (T Euro)</b>				
Jahresüberschuss	+ 2.752*	- 879	- 402**	+ 583***
Projektrücklagen	0	1.245	373	0
<b>Stiftungsvermögen (T Euro)</b>				
Gesamtvermögen	85.425	84.546	84.144	84.727

\*Der Jahresüberschuss ist eine Folge der fusionsbedingt geringen Projektbewilligung in 2004.

\*\*Der geplante Jahresfehlbetrag für 2006 wurde durch eine geplante Auflösung der Projektrücklagen (373 T€) und einen Verlustvortrag auf 2007 (28 T€) ausgeglichen.

\*\*\*Der geplante Jahresüberschuss für 2007 soll für eine Gewinnrücklage zum Ausgleich von schwankenden Zinserträgen (500 T€) und für einen Gewinnvortrag auf 2008 (83 T€) verwendet werden.

### Fazit:

- Die alleinige Betrachtung eines Jahresergebnisses (Fehlbetrag oder Überschuss) führt zu irreführenden Schlussfolgerungen.
- Die Auflösung einer Rücklage bedarf eines Beschlusses des Stiftungsrates. Wenn mit dem Jahresabschluss einerseits ein Fehlbetrag festgestellt wird und andererseits eine Projektrücklage für abgelaufene Projekte aufgelöst wird, dann ist dies kein Anzeichen einer angespannten Finanzlage.
- Die Stiftung hat seit ihrer Gründung tatsächlich ihr Vermögen um ca. 2 Mio. Euro erhöht, u.a. um die in den Anlagerichtlinien für risikoreiche Anlagen geforderte Kapitalerhaltungsrücklage von z.Z. 1,5 Mio. Euro bilden zu können.

### III.3 Stiftung als Innovator

#### Bewertungen des MWV (S. 17)

„Die Stiftung ließ auch 2006 ihre Rolle als Innovator vermissen.“

„Auch in 2006 ist es der Stiftung wieder nicht in ausreichendem Maße gelungen, das eigene Profil zu schärfen und eine deutliche Abgrenzung von anderen Technologieförderern darzustellen....“

### **Stellungnahme ISH:**

- Diese Aussagen überraschen. Der Stiftungsrat hat derartige Bewertungen nicht vorgenommen.
- Maßgebend für die Arbeit der Stiftung ist das am 2. Nov. 2006 vom Stiftungsrat nach ausführlicher Beratung beschlossene Grundsatzpapier „Ziele und Arbeitsprogramm der ISH“.

Die von der Stiftung nach dem Grundsatzpapier verfolgten Ziele lauten:

”

1. Beobachtung und Analyse ausgewählter technologisch basierter Innovationen und der Instrumente der Innovationspolitik.
2. Unterstützung eines innovationsfreundlichen und auf nachhaltige Entwicklung gerichteten gesellschaftlichen Klimas und Stärkung des Interesses an den Natur- und Ingenieurwissenschaften.
3. Förderung wirtschaftsnaher Fachkompetenz in der Wissenschaft, angewandter FuE in Kooperation von Wissenschaft und Wirtschaft und des Wissenstransfers in die Wirtschaft.“

Diese Ziele werden durch die Projektarbeit verfolgt. Der Stiftungsrat hat bewusst davon abgesehen, den drei Zielen feste Budgets zuzuweisen.

- Die ISH legt großen Wert auf die Abgrenzung ihrer Arbeit zu Aktivitäten der anderen Technologieförderer. Die o. g. Kritik ist deswegen unverständlich. Tatsächlich gilt:
  - Die ISH fördert keine Investitionsprojekte oder Innovationsprojekte in Firmen. Dies ist Aufgabe der WTSH.
  - Bei der Förderung von Existenzgründern beschränkt sich die ISH auf Projekte in den Hochschulen (Stiftungsprofessur, Stipendien für Gründerjobs, EISS). Dabei gibt es eine enge Abstimmung mit der WTSH, die für den „Start- und Seed-Fonds“ zuständig ist.
  - Eine Abstimmung mit der Projektförderung des MWV, insbesondere im Rahmen des „Programms Zukunft Wirtschaft“ erfolgt insoweit wie die ISH von dortigen Projekten rechtzeitig Kenntnis erhält. Beispiele:
    - Kompetenzzentrum Aquakultur: Förderung der ISH ist komplementär zur Förderung des MWV. Konstruktion des Projektes geht auf Vorschlag der ISH zurück (GmbH mit Beteiligung der Wissenschaft, Leitung durch ISH-Stiftungsprofessur)
    - Kompetenzzentrum Biomassenutzung: Vorherige ISH-Förderung eines Netzwerkes ist aufgegangen in das 2007 errichtete Kompetenzzentrum. ISH hat Evaluation organisiert. ISH-Projekt „Biomassepreis“ erfolgt zusammen mit dem Kompetenzzentrum. Einzelne Projekte im Programm HWT ergänzen Projekte des Kompetenzzentrums.

- Kompetenzzentrum Windenergie: ISH ist im Beirat vertreten und hat die Evaluation der Projektvorschläge für das Kompetenzzentrum organisiert. ISH hat sich wegen der beachtlichen Förderung dieses Fachgebiets bei eigenen Projekten zurückgehalten.
- Initiative Bildverarbeitung, Förderprogramm HWT und Kompetenzzentrum Bildverarbeitung  
Die diversen Projekte der ISH und das geplante Kompetenzzentrum bauen aufeinander auf. Die ISH hat die Evaluation der Einzelprojekte organisiert.
- Die Vergabe des sog. Witt-Gutachtens zur Optimierung des Technologietransfers aus der Wissenschaft erfolgte in Absprache mit dem MWV.
- Die Projekte zur Bioenergie (EU-Projekt ProBioEnergy, EU-Projekt ERE), zur Energieeffizienz in Kommunen (e-ko) und die Informationsprojekte zum Thema Energieeffizienz und Bioenergie (Messeaktivitäten) erfolgen gemeinsam mit den beiden zuständigen Fachministerien und mit weiteren Partnern (u.a. Energieagentur, Landwirtschaftskammer).

**Fazit:**

1. Die geforderte Abstimmung ist tatsächlich gegeben. Alle Förderprogramme der ISH sind eng mit dem Land abgestimmt (HWT, Gründerjobs, Programm LüttIng) und Mitarbeiter des Landes sind in der jeweiligen Jury vertreten.
2. Eine Optimierung der Abstimmung setzt voraus, dass die ISH frühzeitig über geplante Projekte (Kompetenzzentren, Cluster etc.) informiert wird.
3. Vorrangiges Ziel der ISH ist die Förderung der Kooperation der Wissenschaft mit der Wirtschaft und des tatsächlichen Technologietransfers. Dies geschieht insbesondere durch die sog. „Initiativen“ und das Förderprogramm HWT. Diese Maßnahmen sind effektiv und innovativ, nicht jedoch in jedem Fall öffentlichkeitswirksam oder spektakulär.
4. Die ISH hat ihre Programme „Gründerjobs“ und „HWT“ evaluiert und setzt diese in Absprache mit dem Land fort. Bei HWT gibt es trotz geforderter Beteiligung der Unternehmen (mind. 20 %) einen großen Antragsüberhang. Bewilligungsquote 2006/2007 etwas weniger als 50 %. Die ISH strebt seit Jahren eine Aufstockung dieses gemeinsamen mit dem MWV durchgeführten und finanzierten Programms an.

### **III.4 Beirat der ISH**

#### **Bewertung des MWV (S. 18)**

„.... Beirat (§ 9), der allerdings auch in 2006 noch nicht eingerichtet worden ist.“

#### **Stellungnahme ISH:**

In Absprache mit dem Stiftungsrat hat dieser 2006 im Hinblick auf das vom Land geplante neue Gesetz zur Neuordnung des Technologietransfers die Einrichtung eines Beirats verschoben.

Erst am 31. Mai 2007 wurde ein Beirat eingerichtet, wobei allerdings im Hinblick auf evtl. Veränderungen in den Aufgaben der ISH vorerst nur 6 Personen (von max. 12) berufen wurden.

### **III.5 Ausbau Themenfeld „Steigerung der Energieeffizienz“**

#### **Bewertung des MWV (S. 18)**

„.... Sollte dem Themenfeld „Steigerung der Energieeffizienz ... eine noch größere Rolle zukommen als bisher.“

#### **Stellungnahme ISH:**

- Dies ist ein überraschendes Votum. Die ISH hat bereits 2006 beschlossen, mit dem Projekt „Initiative Energieeffizienz in Kommunen“ (e-ko) das Thema gemeinsam mit den kommunalen Landesverbänden und dem Land verstärkt aufzugreifen. Das Land war bei diesem Projekt von Anfang an informiert und an der Konzeption beteiligt.
- Über die künftige Aktivität der ISH auf dem Gebiet Energie wird der Stiftungsrat am 16. Juni 2008 auf der Basis einer Vorstandsvorlage entscheiden.
- Der Vorstand hat das Thema mit Vertretern von MWV und MLRU, den Technologietransferbeauftragten der Hochschulen und E.ON-Hanse beraten. Der Beirat hat zu diesem Thema eine Sitzung durchgeführt. Anregungen und Einschätzungen aus dieser intensiven Beratung und Abstimmung sind in die Vorlage für den Stiftungsrat eingeflossen.